

Gewerkschaft fordert Neubau-Hilfe

Link: <https://www.suedkurier.de/digitale-zeitung/lesen/epa12399,88869,0,26>

- IG BAU meldet starken Abwärtstrend im Kreis
- Forderung: Staat soll Wohnwirtschaft ankurbeln
- Was die Bundestagsabgeordneten davon halten



VON ANDREAS BLOCK
andreas.block@suedkurier.de

Schwarzwald-Baar – Die IG BAU Südbaden fordert einen „Booster für den Neubau“ von sozialen und bezahlbaren Wohnungen. Das schreibt die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt in einer Pressemitteilung. Demnach wurden im Schwarzwald-Baar-Kreis 2022 insgesamt 460 Wohnungen neu gebaut – darunter 198 in Ein- und Zweifamilienhäusern. Das seien 298 Wohnungen weniger als im Vorjahr. Ein- und Zweifamilienhäuser, Reihen- und Mehrfamilienhäuser: Insgesamt investierten die Bauherren im vergangenen Jahr im Schwarzwald-Baar-Kreis etwa 85,3 Millionen Euro für den Wohnungsneubau.

Die IG BAU Südbaden beruft sich dabei auf aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Für das laufende Baujahr warnt die IG BAU-Bezirksvorsitzende Ilse Bruttel vor einem weiteren Abwärtstrend: „Bauvorhaben werden auf Eis gelegt. Denn hohe Baukosten treffen auf hohe Zinsen und hohe Hürden beim Bauen durch staatliche Auflagen und Vorschriften.“ „Das ist ein toxischer Mix für den Wohnungsbau“, sagt Ilse Bruttel. Die Kaufpreise beim Neubau seien längst „aus den Fugen geraten“ und die Mieten „klettern enorm nach oben“ – vor allem bei neu gebauten Wohnungen. Entscheidend sei jetzt, was gebaut werde: „Die Wohnungen müssen zur Lohntüte der Menschen passen. Es kommt darauf an, vor allem bezahlbare Wohnungen und Sozialwohnungen zu bauen“, sagt die Vorsitzende der IG BAU Südbaden. Bruttel appelliert an die heimischen Bundestagsabgeordneten, sich in Berlin für ein „massives Aufstocken der Fördergelder“ stark zu machen. Aber auch das Land Baden-Württemberg sei mehr gefordert. „Für mehr Sozialwohnungen und für mehr bezahlbare Wohnungen muss der Staat – müssen Bund und Länder – bis 2025 mindestens 72 Milliarden Euro in die Hand nehmen“, sagt Ilse Bruttel.

Thorsten Frei von der CDU ist Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Schwarzwald-Baar. „Die Ampel-Koalition ist mit ihrer Wohnungsbaupolitik gescheitert. Aber mit Geld allein wird man die Probleme nicht lösen, dazu fehlt es allein schon an Kapazitäten“, schränkt Frei ein. Auch De-



So sieht das Wohnquartier des Richthofenparks an der Kirnacher Straße in VS-Villingen von oben aus, das in großen Teilen schon fertiggestellt ist. Rund zwei Drittel der 240 Wohneinheiten sind bereits bezogen. BILDER: HANS-JÜRGEN GÖTZ/GUY SIMON



„Hohe Baukosten treffen auf hohe Zinsen und hohe Hürden beim Bauen durch staatliche Auflagen und Vorschriften.“

Ilse Bruttel,
Vorsitzende der IG Bau Südbaden



„Mit Blick auf die anstehenden Haushaltsverhandlungen auf Bundesebene bin ich angehalten, realistisch zu sein.“

Derya Türk-Nachbaur,
Abgeordnete der SPD im Bundestag



„Die Ampel-Koalition ist mit ihrer Wohnungsbaupolitik gescheitert. Aber mit Geld allein wird man die Probleme nicht lösen.“

Thorsten Frei,
Abgeordneter der CDU im Bundestag



Bei den Hans-Thoma-Höfen in Donaueschingen entsteht ein neues Areal.

raum habe fatale Folgen für den sozialen Zusammenhalt, für einen starken Wirtschaftsstandort und für einen guten Bildungsstandort, ist sie überzeugt.

„Daher bin ich froh, dass im Koalitionsvertrag die Renaissance des sozialen Wohnungsbaus vereinbart wurde und dass nun konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um diesem Ziel gerecht zu werden“, sagt Türk-Nachbaur. Die

Junges Wohnen

Mit einem Sonderprogramm „Junges Wohnen“ fördert die Bundesregierung die Schaffung von Wohnheimplätzen für Studierende und Auszubildende. Dafür stellt sie den Ländern in 2023 500 Millionen Euro Finanzhilfen für ein besonderes Fördersegment im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung. Mit dem neuen Programm werden die Fachkräfte von morgen unterstützt. (Quelle: Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen)

Betrag um mindestens 30 Prozent der in Anspruch genommenen Bundesmittel ergänzten, zeige ein gemeinsames Engagement auf Bundes- und Länderebene. Mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 14,5 Milliarden Euro bis 2026 investiere die Bundesregierung einen historischen Betrag in den sozialen Wohnungsbau.

„Einzig Anreize, gesenkte Standards

nete Migrationspolitik trage ebenfalls dazu bei, den Engpass auf dem Wohnungsmarkt zu verschärfen, findet Frei.

Die IG BAU drängt auf ein schlankeres Baugesetzbuch: „Es geht um das Durchforsten von Gesetzen, Verordnungen und Normen, auf das die Branche seit Jahren wartet. Das muss jetzt passieren – und nicht irgendwann im nächsten Jahr“, fordert Bruttel.

Tatsächlich weicht die Höhe der Investitionen deutlich von den Forderungen der IG BAU ab. Die Gewerkschaft beruft sich dabei auf Berechnungen von zwei Wohnungsbau-Studien, die sie beim Pestel-Institut (Hannover) und beim Bauforschungsinstitut ARGE (Kiel) mit in Auftrag gegeben hat. Konkret werde ein Sondervermögen von 50 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau benötigt. „Nur dann kann es noch klappen, bundesweit 100.000 Sozialwohnungen pro Jahr zu bauen“, sagt Ilse Bruttel. Zusätzlich seien 22 Milliarden Euro für den Neubau von 60.000 bezahlbaren Wohnungen dringend erforderlich. Davon profitiere schließlich auch der Schwarzwald-Baar-Kreis.

Selbstverständlich wäre es ihr lie-